

**Bemerkungen von Präsidentin Roberta Metsola auf der Sondertagung des  
Europäischen Rates  
17. April 2024**

Vielen Dank, Charles!

Guten Abend.

In 50 Tagen machen sich viele hundert Millionen Europäerinnen und Europäer auf den Weg zu den Wahllokalen. Wie Sie wissen, habe ich verschiedene Mitgliedstaaten besucht und gemeinsam mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments den Menschen vor Ort Gehör geschenkt. Sie nennen als oberste Prioritäten den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die Sicherheit, die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Genau bei diesen Themen erwarten die Menschen, dass wir etwas bewirken, wie wir es bereits bei der Migration getan haben. Und gerade deshalb begrüße ich unsere Diskussion über die Förderung des Wirtschaftswachstums und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt durch die Analyse von Enrico Letta in seinem hochrangigen Bericht über die Zukunft des Binnenmarktes. All das geschieht zu einem kritischen Zeitpunkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Binnenmarkt ist das einzigartige Wachstumsmodell unserer Union. Er hat sich als starker Motor für Konvergenz und als unser wertvollstes Gut erwiesen. Heute können die Menschen überall in unserer Union frei leben, arbeiten, studieren und reisen. Der Binnenmarkt hilft Unternehmen, großen wie kleinen, sich an dem Ort ihrer Wahl niederzulassen. Er verleiht ihnen einen größeren Marktzugang und fördert dabei die Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem eröffnet er den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Auswahlmöglichkeiten zu günstigeren Preisen und mit einem stärkeren Verbraucherschutz, der ihren Interessen Genüge tut. Die Tatsache, dass wir über den größten demokratischen Binnenmarkt der Welt verfügen, hat unseren Einfluss weltweit gestärkt.

Und doch haben in der Zwischenzeit neue geopolitische Umstände und immer komplexere Herausforderungen die Schwachstellen unseres Binnenmarkts offengelegt. Wie können wir Europa wettbewerbsfähiger, innovativer und selbstständiger machen? Wie werden wir attraktiv für Unternehmen, wie schaffen wir Arbeitsplätze, wie steigern wir das Wirtschaftswachstum?

Wir sprechen hier über nichts Neues. Seit über 30 Jahren ist der Binnenmarkt ein Projekt, das sich weiterentwickelt, und er ist inhärent mit den strategischen Prioritäten der EU verbunden. Nun müssen wir uns daran erinnern, dass der europäische Binnenmarkt als Projekt zutiefst politisch ist und es stets war. Und ich glaube, dass unser Wirtschaftsraum nach wie vor das Potenzial hat, noch größeren Nutzen für unsere Bevölkerung zu bringen. Jetzt ist es an der Zeit, uns neu dazu zu verpflichten.

Das heißt: Wir müssen unseren Binnenmarkt vertiefen, damit er wieder den Bedürfnissen des aktuellen Kontexts entspricht, insbesondere dem grünen Wandel und dem digitalen Wandel unserer Wirtschaft. Nur wenn wir die Produktivität steigern, schneller in eigene Industriekapazitäten wie etwa intelligente Stromnetze investieren und den Binnenmarkt für Energie, Finanzen und Telekommunikation integrieren, können wir strategisch weniger

abhängig werden und zugleich das Wirtschaftswachstum fördern und beibehalten. Der Binnenmarkt ist unser stärkster Wirtschaftsmotor. Das muss sich in der Angleichung unserer Gemeinschaften niederschlagen. So können wir gegen soziale Ausgrenzung vorgehen, ob nun in der analogen oder der digitalen Welt.

In der Praxis heißt das: Wir müssen mehr tun, um gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen. Die Annahme des Gesetzes über digitale Dienste, des Gesetzes über digitale Märkte und des KI-Gesetzes sind wesentliche Schritte in die richtige Richtung. Ebenso viel Einsatz müssen wir allerdings zeigen, wenn es um Energie und allgemeiner den grünen Wandel geht.

Denn wie sieht die Realität aus? Nun: Unsere Ziele in diesem Bereich sind weltweit führend, und darauf sollten wir stolz sein (was wir auch sind). Doch wir laufen Gefahr, uns durch ein Übermaß an Bürokratie ausbremsen zu lassen. So können beispielsweise mancherorts allein die Entwicklungsphasen für den Bau von Offshore-Windkraftanlagen genau so lang dauern wie der gesamte Bau einer Onshore-Windkraftanlage. Das heißt: Effizientere Infrastruktur in Europa zu errichten, ist momentan deutlich weniger attraktiv.

Doch Bürokratie ist nicht nur ein Hindernis für strategische Investitionen und unsere Ziele in Bezug auf das Klima, sie steht auch der sozioökonomischen Inklusion im Wege. Die Demonstrationen der Landwirte sind ein leuchtendes Beispiel dafür, dass wir unsere Ziele nicht auf die Bedürfnisse und Erwartungen unserer Bevölkerung abgestimmt haben. Das ist bei Weitem nicht nur ein Problem der Landwirtschaft, und die strategische Agenda muss dies widerspiegeln.

Deshalb habe ich stets betont, dass der grüne Wandel nur funktionieren kann – und er ist unbedingt notwendig! –, wenn jede einzelne Branche miteinbezogen wird. Niemand darf zurückgelassen werden. Es muss echte Anreize und Sicherheitsnetze für die Industrie geben. Die Menschen müssen Vertrauen in den Prozess haben, und sie müssen ihn sich leisten können. Sonst besteht die Gefahr, dass immer mehr Menschen in die Bequemlichkeit der Randgruppen abwandern, und das paradoxerweise genau jetzt, wo wir die Menschen auffordern, sich für Europa einzusetzen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Und noch etwas steht dem wirtschaftlichen Fortschritt im Weg: die Zersplitterung unseres Finanzsektors, und – noch konkreter – Hindernisse für Kapitalströme in unserer Union. Zwar haben grüne Investitionen in den letzten Jahren zugenommen, doch Jahr für Jahr muss immer noch eine Lücke von mehr als 400 Mrd. EUR gefüllt werden – eine Lücke, die selbst bei einer Neubewertung unseres Konzepts für staatliche Beihilfe schlicht und ergreifend nicht durch öffentliche Mittel allein gefüllt werden kann.

Der freie Kapitalverkehr ist eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts. Und doch gibt es auch nach jahrzehntelanger Integration immer noch Barrieren, die unsere globale Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen.

Wenn unsere Unternehmen und Industrien einen Gang höher schalten und Innovation bringen sollen, wenn sie Arbeitsplätze schaffen, Anreize für bessere Sparmöglichkeiten für unsere Bürger setzen, Wohlstand generieren und dafür sorgen sollen, dass Europa wettbewerbsfähig ist, dann müssen wir unsererseits die entsprechenden Bedingungen und Rahmenregelungen schaffen, damit unsere Start-up-Unternehmen und KMU in Europa bleiben. Das bedeutet: Wir müssen unsere Bankenunion und unsere Kapitalmarktunion vollenden. Ich sagte es bereits, die Vertiefung des Binnenmarktes ist seit jeher eine Frage des politischen Willens. Nun ist es

wieder an der Zeit, dass wir uns um die Angelegenheit kümmern, oder wir laufen Gefahr, alles zu verlieren.

Genau so können wir den Menschen zeigen, dass unser Projekt ein Vorhaben ist, das auch ablieft. So können wir die eigentlichen Probleme angehen und die Herausforderungen eindämmen, die sich unseren Unternehmen und Familien in Europa stellen: höhere Rechnungen, unsichere Immobilienmärkte oder auch einfach die Sorge: Wie schaffen wir es bis zum Monatsende? So sichern wir die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU, ihren Wohlstand und ihre führende Rolle auf der Weltbühne.

Wenn wir unseren Einsatz in puncto Binnenmarkt verstärken, Reformen durchführen und uns auf die sich verändernde Welt vorbereiten, in der wir leben, muss die EU-Erweiterung mit Blick auf die Ukraine, Moldau, Georgien und die Länder des westlichen Balkans weiterhin ganz oben auf unserer strategischen und politischen Agenda stehen. Die Genehmigung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan ist hier ein Schritt in die richtige Richtung. Sie zeigt einmal mehr, dass uns der Binnenmarkt attraktiv macht. Er bringt uns unsere Verbündeten im Westbalkan näher und stärkt dadurch unseren Kontinent, unsere Union, unsere europäische Lebensart – und uns alle. Das Europäische Parlament hat das verstanden. Und deshalb haben wir uns versammelt, um in Rekordzeit Ergebnisse zu liefern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn meiner heutigen Rede habe ich die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Die Menschen in Europa wollen auch, dass wir unsere Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen so stärken, dass wir den Frieden und die Demokratie in den kommenden fünf Jahren verteidigen können. Was an unseren Grenzen geschieht, muss nach wie vor ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen.

Die unrechtmäßigen, willkürlichen Angriffe Russlands auf die Ukraine nehmen kein Ende. Wir haben der Ukraine bereits starke politische, diplomatische, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe geleistet. Unsere Unterstützung der Ukraine darf nicht abreißen. Wir müssen die Lieferung der benötigten Ausrüstung beschleunigen und intensivieren, auch mit Blick auf die Luftabwehr.

Wir dürfen nicht nachlassen.

Das gilt auch bei Russlands Versuchen, im Vorfeld der Europawahl im Juni durch Desinformation das Narrativ zu verzerren und pro-russische Haltungen zu stärken. Es ist keine reine Bedrohung mehr, sondern eine greifbare Möglichkeit – und wir müssen bereit sein, ihr zu begegnen. Dazu möchte ich noch einmal versichern, dass das Europäische Parlament bereit ist, Sie zu unterstützen, wenn es gilt, eine böswillige Einflussnahme auf unsere demokratische Entscheidungsfindung zurückzudrängen und zu bekämpfen. Und zwar auf jede in seiner Macht stehende Art, so, wie es das schon seit jeher tut.

Was die Lage im Nahen Osten anbelangt, so besteht aufgrund der beispiellosen Drohnen- und Raketenangriffe des Irans gegen Israel die Gefahr, dass es zu weiteren Spannungen in der Region kommt. Als Union werden wir uns auch künftig dafür einsetzen, die Lage zu entschärfen und zu verhindern, dass noch mehr Blut vergossen wird.

Im vergangenen Jahr stimmte das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit dafür, dass das Korps der Iranischen Revolutionsgarde in die Liste der Terrororganisationen aufgenommen wird. Und dabei bleiben wir. Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen sind neue Sanktionen gegen den Iran wegen seiner Drohnen- und Raketenprogramme erforderlich und begründet.

Im Gazastreifen scheint die Lage nach wie vor hoffnungslos. Ich möchte noch einmal betonen: Das Europäische Parlament wird sich weiterhin für einen Waffenstillstand stark machen. Wir werden weiterhin die Freilassung der verbleibenden Geiseln fordern und betonen, dass die Hamas nicht ungestraft davonkommen darf. So bringen wir mehr Hilfe in den Gazastreifen, retten unschuldige Leben und treiben die dringend notwendige Zweistaatenlösung voran, die den Palästinensern eine echte Perspektive bietet – und Sicherheit für Israel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist der letzte Europäische Rat, bevor im Juni gewählt wird. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie diesen Austausch so interaktiv gemacht haben. Und ich danke Ihnen für alles, was Sie bereits getan haben, um unseren Einsatz für mehr Wahlbeteiligung zu unterstützen. Das Parlament wird bis zum letzten Augenblick der Wahlperiode daran arbeiten, für alle Menschen in Europa Leistung zu erbringen. Dessen können Sie gewiss sein.